

Think Big!

Der 11. September und seine Konsequenzen für die Internationalen Beziehungen

1. Diagnose: Zeitenwende? ¹

1.1. Die Eule der Minerva

»Wasserscheide« oder »Geschichtsbruch« sind wirkungsmächtige Metaphern. Mit ihnen soll politische Wirklichkeit neu konstruiert werden. Sie eröffnen zuvor verschlossene Handlungsspielräume, weil es einleuchtet, dass völlig veränderte Umstände nach revolutionären Antworten verlangen. So hat die »Wasserscheide« von 1989/1991, die Umwälzung eines weltpolitischen Zustands, die Forderung nach neuen Politikformen (»Neue Weltordnung«, »Friedensdividende«, »präventive Konfliktlösung«, »nukleare Abrüstung«) ermutigt. Konnte der Fall der Mauer als Aufforderung für eine friedensorientierte Praxis gedeutet werden, so öffnete der Fall der zwei Türme 2001 ein anderes Gelegenheitsfenster: für den Beginn eines kontur- und grenzenlosen »Krieges gegen den Terror«, in dessen Rahmen sich strategische Entwürfe umsetzen ließen, die sich im rechten Spektrum des amerikanischen sicherheitspolitischen Establishments mehr als ein Jahrzehnt entwickelt haben (Homolar-Riechmann 2003).

Von diesem strategischen Verwertungszusammenhang politischer Metaphorik lässt sich vor allem deshalb nicht absehen, weil sich derartige Ereignisse verlässlich nicht einstufen lassen, solange man als Beobachter zeitlich zu dicht am Geschehen ist. Dass das Frohlocken nach dem 9. November 1989 über einen grundstürzenden Wandel sich bewahrheitete, war gutes Glück. Was, wenn die sowjetische Führung der Eingliederung des vereinten Deutschlands in die NATO nicht zugestimmt hätte? Und wenn der Moskauer Putsch im Sommer 1991 Erfolg gezeitigt hätte, wäre das heutige Urteil über die Zeitenwende bescheidener ausgefallen. Hegels kluge Mahnung betreffs der »Eule der Minerva« ist gerade von den Zeitgenossen laufender Geschichte zu beherzigen. Die versuchsweise Antwort auf die Eingangsfrage steht unter diesem Caveat und fällt entsprechend vorsichtig aus. Ein Wandel hat stattgefunden, aber er erfasst nicht das gesamte weltpolitische Geschehen. Der Satz »Nichts wird mehr so sein wie zuvor« ist purer Unsinn. Es kommt aus der Perspektive einer wissenschaftlichen Disziplin vielmehr darauf an, Kontinuität und Wandel differenziert zu benennen.

1 Für anregende Kommentare möchte ich mich bei den Teilnehmern des Symposiums auf der Konferenz der DVPW in Mainz, September 2003, bei Nicole Deitelhoff sowie bei zwei anonymen GutachterInnen bedanken.

1.2. Elemente der Kontinuität

Der Blick auf die Makrodaten internationalen Geschehens offenbart eine Menge Kontinuität. Was die Machtressourcen angeht, bleibt das Gefälle zwischen dem Westen und dem Rest der Welt erhalten, ja, es steigt noch. Unangefochten stehen die USA an der Spitze. Ihr Verteidigungshaushalt nähert sich 50% der Weltmilitärausgaben, und ihr Bruttosozialprodukt ist mit ungefähr einem Viertel des Welt-BSP das mit Abstand größte irgendeines Nationalstaats. In anderen Indikatoren – Handel, Technologieentwicklung, Bildungs- und Forschungsausgaben usw. – liegen die USA stets in der Spitzengruppe.

Die Problemlagen in der Welt sind gleichfalls stabil geblieben. Die großen Konflikte schwelen weiter: im Nahen Osten, in Südasien, auf der koreanischen Halbinsel, im Zentrum Afrikas. Armut, Umweltzerstörung, Seuchengefahr, Migration gehen nach dem 11.9.2001 weiter, wenn man auch aus Sicherheitsgründen mehr oder weniger unbeholfen versucht, der ungehemmten Globalisierung bestimmte Kontrollen beizugeben, etwa bezüglich der Terror-Finanzierung, der Einreise oder bei der Einfuhr von Containern. Dies sind jedoch marginale Feinkorrekturen an den ansonsten ungehemmt wirkenden Kräften der *longue durée*.

Sind die Probleme weitgehend dieselben, so sind die Lösungen weiterhin unzureichend. Die Welt ist für ihre Aufgaben mit Instrumenten der *Governance* unterversorgt. Weder die Nationalstaaten noch die wirtschaftlichen Unternehmen erbringen die Steuerungs- und Verteilungsleistungen, die notwendig werden, um die funktionalen Erfordernisse einer zusammenwachsenden Welt von sechs Milliarden Menschen zu erfüllen. Schon gar nicht vermag die neoliberale Ideologie die Nachfrage nach moralischen Ressourcen zu befriedigen; die Parole »Geiz ist geil« eignet sich nicht als Motto für eine Welt, in der der Ressourcetransfer ein Teil von Problemlösungen bleiben wird. Infolgedessen wandern Minderheiten, oft übrigens gerade jüngere Mitglieder der gebildeten Klassen, in Fundamentalismen ab. Auch in dieser Perspektive muss der 11. September betrachtet werden.

Es gibt also eine Menge Kontinuität; gleichwohl wäre es naiv, so zu tun, als habe sich nichts verändert. Wichtig ist nur die Feststellung, dass die Veränderungen nicht in den materiellen, sondern in den ideationalen Strukturen der internationalen Beziehungen vorliegen, in Bewusstseinslagen, kollektiven Wahrnehmungen und den dazugehörigen öffentlichen Diskursen.

1.3. Momente des Wandels

Nirgendwo ist diese ideationale Änderung so deutlich wie in den Vereinigten Staaten. Und damit ist sie angesichts der überragenden Stellung dieses Landes auch wichtig. Aber auch hier wäre es bei Weitem zu undifferenziert zu behaupten, der 11. September habe die amerikanische Weltsicht verändert. Es hat einen deutlichen, abrupten Wandel des Gefühls der Verwundbarkeit im amerikanischen Volk gegeben; damit einher ging das dringende Bedürfnis nach Erklärungen und sichtbaren, wirksamen Handlungen, um derartige Bedrohungen in Zukunft abzuwenden; kurz: ein plötzlicher, rapider Anstieg des Verlangens nach politischer Führung. Diese

Nachfrage schuf ein Gelegenheitsfenster für die nationalistisch-machtpolitischen und neokonservativen Elemente innerhalb der die Regierung tragenden Koalition, ihre seit langem entwickelte Strategie militärisch abgestützter, neoimperialer Machtprojektion und Verteidigung durchzusetzen. Auch der Präsident ließ sich davon überzeugen, dass es nunmehr dazu keine Alternative gebe. Mit Verschwörungstheorien hat das gar nichts zu tun: Richard Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz oder Richard Perle haben nie verheimlicht, was die USA ihrer Meinung nach tun müssten, um ihre eigenen Interessen und eine gedeihliche Weltordnung zugleich durchzusetzen. Zu den Kontinuitäten ihres sicherheitspolitischen Programms zählt die Raketenabwehr und die profunde Abneigung, völkerrechtliche Bindungen einzugehen, die die amerikanische Handlungsfreiheit beschränken könnten. Dazu zählt auch die Aversion gegen die Vereinten Nationen. Zu den Neuerungen gehören die Fokussierung auf »Schurkenstaaten« und ihren angeblichen Konnex zum Terrorismus sowie die Entschlossenheit zu präventivem militärischem Handeln.

Durchsetzungsfähig war diese Position in ihrer Gesamtheit vor dem 11. September nicht, während einzelne Elemente, namentlich die Raketenabwehr, ihren Platz im Regierungsprogramm fanden. Der Gedanke militärischer Prävention ist in Demokratien kaum zustimmungsfähig (Schweller 1992). Dies änderte sich mit der Durchsetzung des Kriegsdiskurses in den USA. Anders als in Europa traf das Diskursangebot des Präsidenten, die neue Lage als »Kriegszustand« zu definieren, in den Medien und in der Öffentlichkeit kaum auf Widerstand. Mit diesem Perspektivenwechsel wurde das neokonservative Strategietableau konsensfähig; wenn man sich in einem permanenten, globalen Kriegszustand befindet, verlieren einzelne präventive Militäraktionen den Charakter des Friedensbruchs, sie sind vielmehr zu Operationen auf einzelnen Kriegsschauplätzen herabgestuft, die im Ermessen des Oberkommandierenden liegen. Die Exekutive kommt in den Genuss nahezu unbegrenzter Loyalität, da sich das Volk im Krieg um seine Führung schart und ihr völlige Unterstützung zukommen lässt. Innere und äußere Handlungsschranken entfallen: Der Kriegsdiskurs bedeutet ein umfassendes »Empowerment« für die Organe und die Führung der Exekutive (Mueller 1985).

Als Konsequenz des 11. September scheint daher eine bizarre Konstellation am weltpolitischen Horizont auf: die Konfrontation zweier Parteien, die nicht einfach im klassischen Sinne revisionistisch sind, d. h. versuchen, ihren Status in der gegebenen Ordnung unter kräftigem Einsatz der Ellenbogen zu verbessern; sie sind vielmehr revolutionär. Es geht ihnen darum, die Ordnung selbst aus den Angeln zu heben: Die Neokonservativen wollen den Status Quo, ein Zwischenstadium zwischen westfälischer Staatenwelt und internationaler, transnationaler und supranationaler *Global Governance* in eine imperiale Hierarchie umwandeln, die auf globaler Ebene dem aufgeklärten Absolutismus nachmodelliert erscheint; die *Al Kaida* möchte eine nach Prinzipien des »Kampfes der Kulturen« zweigeteilte Welt, in der die Grenze zwischen dem Einheitsstaat der islamischen Umma und dem Rest verläuft.

2. Konsequenzen für die Theorie: Die Anerkennung von Komplexität

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Theorie internationaler Beziehungen? Die Folgen sollten weniger in der Zerknirschung über die Unzulänglichkeit oder in der simplen Umsteuerung unserer Analyseinstrumente liegen. Es wäre zu kurz gegriffen, nun den Terrorismus zum zentralen Forschungsgegenstand zu erheben. Es ist auch nicht deutlich, ob die politikwissenschaftliche Netzwerkanalyse wesentlich mehr zu Tage fördern könnte als die Studien eines Gunaratna (2002) oder Arquilla (Arquilla/Ronfeldt 1998), oder ob die konstruktivistische Analyse fundamentalistischer Weltansicht tiefere Einsichten erbringen würde als die Fundamentalismus-Serie der *American Academy of Sciences* (Marty/Appleby 1992-1995) oder die vergleichende Terrorismus-Studie von Mark Juergensmeyer (2000). Ich möchte daher gerne noch etwas weiter ausholen als Thomas Risse (2004) in diesem Heft. Die Theorie internationaler Beziehungen muss sich darauf rückbesinnen, dass sie es mit einem Gegenstand äußerster Komplexität zu tun hat, welche die Theorie zwar nicht spiegeln kann und soll, der sie aber jedenfalls gerecht werden muss.

2.1. Dialektisch denken

Das Denken in dialektischen Prozessen muss wieder gelernt werden. Antinomien, Paradoxien und Widersprüche kennzeichnen das politische Geschehen weitaus mehr als lineare Kausalität im Newtonschen Sinne, und viele Lippenbekenntnisse zu komplexeren Kausalitätsmodellen lösen sich in unserer Wissenschaft schnell wieder in unterkomplexe Wenn-dann-Eindeutigkeiten auf. Eine positive Ausnahme hat sich in der Globalisierungsdebatte herauskristallisiert, die gewissermaßen als Denkmodell genutzt werden kann. Hier ist erkannt worden, dass Globalisierung kein einsinniger Prozess ist, sondern sich in gegenläufigen Prozessen von Integration und Fragmentierung niederschlägt (Zürn 1998: Kap. IX). Beide Prozessstypen sind unvermeidliche Folgen der Bildung immer längerer Handlungsketten, beide sind politikmächtig und produzieren in ihrer Verknüpfung neue, weltpolitisch bedeutsame Akteure. Gerade der transnationale Terrorismus fundamentalistischer Prägung ist ein Paradebeispiel. Möglich wäre er nicht ohne die Entwicklung von multikulturellen, multiethnischen Gesellschaften, ohne weltweite Migration und Kommunikation und ohne globale Finanzströme; er ist daher zunächst ein Phänomen globaler Integration. Zugleich repräsentiert er die schärfste Form kommunalistischer Fragmentierung und feindseliger, gewaltsamer Ausgrenzung gegen das Fremde. Er ist somit das Ergebnis nicht linearer, sondern kontradiktorischer Entwicklung.

Auf dieselbe Weise sollten auch andere wichtige Phänomene angegangen werden: (1) So wird neuerdings viel zu einseitig eine Evolution der organisierten Gewalt weg vom Staatsmonopol und hin zur Privatisierung diagnostiziert (Kaldor 2000; Münkler 2002; Eppler 2002). Private Gewalt ist fraglos relevant und untersuchenswert. Aber zu verdrängen, dass die Organe des Staatsmonopols – wo es funktioniert – natürlich durch diese Entwicklung zu Gegenreaktionen veranlasst werden, ist ein sträflicher Denkfehler. Als Zwilling der »Privatisierung« sehen wir, wenn wir genau hinschauen, den mächtigen Versuch, das Gewaltmonopol zu stärken und anderswo

neu zu errichten, sehen wir den durchaus erfolgreichen Versuch, private Gewaltakteure zu domestizieren und in den Dienst des Staates zu nehmen. Die Einschränkung von liberalen und Habeas-Corpus-Rechten durch den »wehrhaften Staat« ist das wahrscheinlich wirkungsmächtigere Gegenstück zur Entfesselung des Privaten aus den Fängen des staatlichen Gewaltmonopols.

(2) Dialektische Analyse ist auch ein gesundes Korrektiv für einen robusten Optimismus über die unwiderstehliche Entwicklung demokratischer Sicherheitsgemeinschaften (Adler/Barnett 1998), in denen sich ein später Typus von Aufklärungsprogressismus manifestiert, welcher sich nach der »Dialektik der Aufklärung« und Zygmunt Baumanns (1992) Analyse der dunklen Seite des Zivilisationsprozesses eigentlich nie ohne seinen skeptischen Zwillingsbruder zeigen sollte. Denn die Demokratie bringt neben dem Friedenswillen, der Achtung vor dem Leben und den Rechten anderer eben auch die Verachtung der Diktatur und den Willen zur notfalls gewaltsamen Befreiung der dort geknechteten Artgenossen hervor. Der monadische demokratische Frieden des kontinentaleuropäischen Pazifismus und der liberale Befreiungskrieg der amerikanischen Neokonservativen sind zwei Seiten einer Medaille, zwei gleich legitime Erben liberaler Politikphilosophie. Miteinander konfrontiert, wie während des Irak-Krieges, bringen sie die wechselseitige Entfremdung hervor, das völlige Unverständnis, wie der so nahe Partner so unendlich weit entfernte Deutungen und Strategien entwickeln kann. Dessen liberale Identität gerät in Zweifel; diese Zweifel nagen am Fundament der demokratischen Sicherheitsgemeinschaft. Sie beruht auf der wechselseitigen Zuschreibung der gleichen Identität. Wenn Kernwerte nicht länger geteilt zu werden scheinen, zerfällt ihre Grundlage. Und schließlich ist kein normativer Konflikt so zersetzend – und auch so gewalthaltig – wie das Schisma innerhalb derselben Weltanschauung (Müller 2004).

(3) Zum dialektischen Denken gehört schließlich – in praxeologischer Perspektive – das Ausloten kontraintuitiver Handlungsfolgen und sich selbst erfüllender Prophezeiungen. Nirgends wird dies gegenwärtig deutlicher als in den Wirrungen der irakischen Nachkriegszeit. Als Teil des globalen Anti-Terror-Krieges wurde der Waffengang geführt. Nach seinem Ende wurde der Irak erst zum Schauplatz des Terrors gegen die Besatzungsmächte und gegen die hilflose irakische Zivilbevölkerung. Insofern ist die Frage nicht einfach, wie von Charles Kupchan (2004) in diesem Heft notiert, was der Terror den Großmächten tut, sondern auch, was die Großmächte für den Terror vollbringen. Auch hier muss die Wechselwirkung, nicht einfach nur eine Wirkungsrichtung, ins Visier genommen werden.

2.2. *Lange Handlungsketten und das Schrumpfen der Zeit*

Internationale Beziehungen hängen an langen Handlungsketten, die Norbert Elias (1978/1979) als das für den Zivilisierungsprozess kennzeichnende Merkmal sozialer Beziehungen identifiziert hat; im Zeichen der Globalisierung ist diese Diagnose nur zu unterstreichen. Freilich wissen wir – Zygmunt Bauman (1992) ist ein weiteres Mal zu erwähnen – dass der von Elias betonten ordnungsstiftenden Wirkung dieser Verschränkung von Handlung ein gleich wirksames Zerstörungspotenzial gegenübersteht. Nicht umsonst hat die Chaostheorie eine solche Handlungskette, die vom

Flügel Schlag eines chinesischen Schmetterlings bis zu einem Gewitter über New York reicht, zu ihrer populärsten Illustration erhoben.

Was unsere Zeit insbesondere von der gerade kurz vergangenen unterscheidet, in der Elias (1978/1979) gedacht und geschrieben hat, ist die unglaubliche Verdichtung der Zeit, in der die Handlungsketten vom Ausgangspunkt bis zur Wirkung laufen, ein Aspekt, auf den James Der Derian (2004) in diesem Heft immer wieder verweist. Die interkontinentale Übertragung physischer Gewalt durch ballistische Raketen innerhalb von zwanzig Minuten oder von symbolischer Gewalt durch elektronische Wellen innerhalb weniger Sekunden ändert das Verhältnis von Politik zur Zeit; die Kombination beider – die Auslösung physischer Gewalt durch elektronische Einwirkung im Modell des »Cyberwars« – wird diesen Effekt noch verstärken (Minkwitz 2003).

Denn Elias' Handlungsketten waren Stifter von Ordnung nicht nur dadurch, dass sie die Belange von Menschen miteinander verknüpften. Sie trennten auch den Urheber einer Wirkung von den dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Akteuren durch Raum und Zeit. Verursachung wurde so unüberschaubar, die Zuschreibung von »Schuld« unmöglich. Die Anonymisierung von Verursachung hatte insofern eine konfliktdämpfende Funktion, als die aus erlittenem Schaden wachsende Feindschaft gegen den schuldigen Verursacher aus dem Alltagsleben verschwand. Der Zeitraffer der Globalisierungsära und die Bebilderung allen Geschehens in Echtzeit macht solche Zuschreibungen über große Entfernungen wieder möglich, drängt sie förmlich auf. Feindbildunternehmen tun sich hier ganz neue Möglichkeiten auf, selbst wenn der Verursacher am Beginn der Handlungskette im chaostheoretischen Sinn den Schaden nicht intentional angestrebt hat: Zeit und Raum verlieren ihre sozial heilende Wirkung, während das Risiko kontraintuitiver Handlungsfolgen dramatisch wächst.

2.3. *Ein mehrdimensionaler Machtbegriff*

Die letzten Monate sollten uns endgültig vorsichtig gemacht haben gegenüber einem eindimensionalen Machtbegriff (Baldwin 2002). Messen wir Macht lediglich am Ressourcenbesitz des Akteurs, so ergibt sich zwangsläufig, dass Amerikas Gestaltungswille unwiderstehlich sein muss; eben das ist die Illusion des Neokonservatismus. Es mag möglich sein, einen Gegner gleichen Zuschnitts – die Regierung eines Nationalstaats – gegen seinen Willen mit physischer Gewalt zur Erfüllung der Präferenzen des Mächtigeren zu zwingen. Da jedoch das Ziel der Machtausübung nicht in ihr selbst, sondern in einem damit angestrebten Zweck zu liegen pflegt, ist damit eben noch nichts gewonnen. Erzwingungsmacht und Gestaltungsmacht sind nicht ein und dasselbe.

Technologie und Vernetzung fördern die Relativierung von Macht-Asymmetrien durch die Aufwertung von Chaomacht. Die schwächere Seite hat mannigfaltige Möglichkeiten, der stärkeren zu schaden. Sie hat keine Chance, den eigenen Willen strategisch durchzusetzen. Aber sie kann den Stärkeren daran hindern, die von ihm angestrebten Ergebnisse zu erreichen, oder sie kann diese Ergebnisse so teuer machen, dass die Präferenzen am Ausgangspunkt anders gelegen hätten, hätte der

Akteur das Ende gekannt. Um diese Paradoxie zu verstehen, ist eine Rückbesinnung auf den Machtbegriff Hanna Arendts (1970) von Nutzen. Arendt verstand Macht – im Unterschied zu Gewalt – als die Fähigkeit, viele Menschen um und für ein Projekt zu mobilisieren, viele Willen auf ein Ziel auszurichten. Weil Handlungsketten lang und komplex und die Chancen des asymmetrischen Machtausgleichs vielfältig sind, werden erwünschte Ergebnisse nur erzielt, wenn der Wille vieler Akteure dafür mobilisiert werden kann. Es genügte nicht, Saddam Hussein zu besiegen, um den Nahen Osten oder auch nur das »sunnitische Dreieck« im Herzen des Irak nach Washingtons Wünschen neu zu gestalten.

Blickt man aus dieser Perspektive auf die weltpolitische Konfliktkonstellation zweier unkonventioneller und revolutionärer Akteure, so lässt sich prognostizieren, dass ihrer beider Blühträume wohl kaum reifen werden; der amerikanisch-neokonservative nicht, weil zwischen Macht als Ressourcenkontrolle oder Erzwingungsmacht und Macht als Gestaltungsmacht (Macht über *outcomes*) eine Lücke klappt, die selbst von den USA nicht zu schließen ist; die *Al Kaida* nicht, weil die Kluft zwischen Zielen und Ressourcen zu groß ist und auch die Mobilisierungsmacht über die Massen der Moslems um Größenordnungen zu gering bleibt, um die Ressourcenasymmetrie zu kompensieren. Aber Schaden anrichten können beide in ihrer Konfrontation natürlich schon. Für diese Zeit wäre der weltpolitisch dominierende Konflikt dann nicht durch die Machtverteilung zwischen Staaten und ihren Koalitionen bestimmt, auch nicht durch internationale Institutionen, wie die dominierenden Paradigmen der Internationalen Beziehungen unterstellen. Vielmehr verlief die Hauptkonfliktlinie zwischen einer sehr spezifischen innenpolitischen Koalition in den USA, die keineswegs den Mainstream der amerikanischen öffentlichen Meinung zu auswärtigen Fragen repräsentiert, und einem religiös-politisch motivierten, transnationalen Akteur, der *Al Kaida*.

2.4. Theoretische Grenzgänge

Erkennen wir die nicht-hintergehbare Komplexität unseres Untersuchungsgegenstands an, dann ist disziplinäre Demut die unvermeidliche Folge. Was für die Theoriebildung dann zum vorrangigen Imperativ wird, sind »Grenzgänge«, wie Gunther Hellmann treffend formuliert hat (Hellmann/Müller 2002): das Zusammenziehen von Perspektiven aus unterschiedlichen Disziplinen. Internationale Beziehungen, Transnationalismus, Politische Ökonomie, Anthropologie, Ethnologie usw. müssen zusammen gedacht werden, um vielfältige Phänomene unseres Faches verstehen zu können. Damit soll nicht gesagt sein, dass die einzelne Disziplin nichts Nützliches beitragen könne, ganz im Gegenteil. Aber der Nutzen, den sie stiften kann, kommt eben erst zur Wirkung, wenn sie mit den Leistungen anderer Wissenschaftsgebiete zusammen gedacht wird. Andernfalls bleibt nur die bornierte Einseitigkeit und damit eher ein Verlust als eine Zunahme von Erkenntnisgewinn.

Die besten Arbeiten über Kriegsökonomien illustrieren diesen Sachverhalt (Jung et al. 2003). Kein Zugang ist zu diesem Phänomen möglich, ohne den Blick auf die Globalisierung in ihren kommunikativen und ökonomischen Aspekten. Die politische Ökonomie des betroffenen Landes oder der Region muss verstanden werden,

gleichfalls das mikroökonomische Anreiz-Umfeld des individuellen Gewaltakteurs. Die Rentenökonomie mit ihren wirtschaftlichen wie politischen und sozialen Folgen muss in den Blick genommen werden, ebenso die Blockadewirkung auf die demokratische Entwicklung, woraus sich wiederum Folgen für die Rechtsunsicherheit und die psychologischen, wirtschaftlichen und sicherheitsbedingten Anreize zur gewaltmäßigen Selbsthilfe ergeben. Ethnische und religiöse kulturalistische Identitätskonstruktionen gilt es darüber hinaus zu analysieren, um die entstandenen Frontlinien zu verstehen. Mit dem Repertoire einer Einzelwissenschaft ist dieser gordische Knoten nicht zu lösen.

2.5. *Ethik internationaler Politik*

Zu den besonders dringlichen Grenzgängen zählt die Reintegration der Ethik in die Internationale Politik. Es wird nicht mehr und nicht weniger gebraucht als eine Moralthorie internationaler Beziehungen. Die anti-westlichen Positionen in der islamischen Welt oder auch nur der gegenwärtige Anti-Amerikanismus im Irak leiten sich weniger aus Nutzenkalkulationen oder aus Momenten des »Kulturkrieges« ab, sondern vielmehr aus der Wahrnehmung von Verachtung, fehlendem Mitgefühl, Heuchelei und doppelten Standards seitens der Siegermächte. Mit Realpolitik oder Neoliberalismus, den Allzweckwerkzeugen aus dem hegemonialen Instrumentenkoffer, lassen sich diese Ressentiments nicht aus der Welt schaffen. Selbst wohlge-meintes und erfolgreiches funktionales »Institutionen-Bauen« hilft letztlich nicht weiter, weil es im Kern um Fragen von Gerechtigkeit geht. Ohne die normative Rekonstruktion eines Gerechtigkeitsbegriffs, der so kulturneutral oder -übergreifend ist, dass er zumindest von einer relevanten Zahl von Menschen über Kulturgrenzen hinweg akzeptiert werden kann, lassen sich die zwischen »nördlichen« und »südlichen« Akteuren schwelenden, hochgradig gewalthaltigen Konflikte nicht erfolgreich bearbeiten.

Begründbar ist eine solche Ethik nur durch den interkulturellen Dialog, dessen substanzielle Voraussetzungen offen bleiben, mit Ausnahme der Präsuppositionen der Dialogführung selbst, wozu zwingend die Anerkennung der »Anderen« zählt. Es geht also nicht darum, andere Parteien von der Wertigkeit des eigenen Universalismus zu überzeugen, sondern unter der Voraussetzung der eigenen passiven Überzeugungsfähigkeit die Chancen von Einverständnis auszuloten. Die Schwierigkeiten, angesichts der Werte-Fragmentierung in der Welt einen solchen Dialog zu führen, sind nicht zu verkennen. Eine Alternative gibt es gleichwohl nicht.

Das gilt auch für das schon angesprochene, noch weit vor der Gewaltgrenze angesiedelte transatlantische Schisma. Weder taktische Differenzen noch die herkömmliche Machtkonkurrenz liegen ihm zu Grunde, sondern die ehrwürdige platonisch- aristotelische Frage nach der »guten Ordnung« und was sie unter heutigen weltpolitischen Umständen beinhalten mag. Natürlich hat es auch mit »Interessen« zu tun – aber es ist illusionär, Interessen von den dahinterstehenden Weltbildern und normativen Konstruktionen abzulösen. Damit ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, dass sich die Internationalen Beziehungen ethischen und moralischen Fragen zuwenden. Dabei handelt es sich nicht um unbesiedeltes Territorium. Im Gegenteil:

Die Moralphilosophie tummelt sich mit denkbar größter Lebhaftigkeit auf dem Felde globaler Politik, und das ist gut so. Freilich überkommt die Spezialistin der Internationalen Beziehungen bei der Lektüre der Ausführungen über den »gerechten Krieg« oder die »Weltdemokratie« oft ein erhebliches Unbehagen. Zwar sind die entsprechenden Ausführungen oft von brillanter Intelligenz und natürlich von einer philosophischen Durchdringung der Materie, die uns nicht möglich ist. Dafür mangelt es jedoch überwiegend der erforderlichen Kenntnisse des Gegenstands, einschließlich der brauchbarsten Deutungsschemata, was dem Ergebnis entschiedenen Abbruch tut. Auch hier ist der »Grenzgang« ein Desiderat, das Zusammendenken von IB und Moralphilosophie (z. B. Mayer 1999).

2.6. Die Anerkennung von »Agency«

Die letzte Forderung, die aus der Reflexion über den 11. September erwächst, ist die stärkere Betonung der Bedeutung von *Agency*. All unsere Theorien enthalten einen unverkennbaren strukturalistischen Bias. Dies gilt, wenigstens in seiner angewandten Form, auch für den Konstruktivismus (Sending 2002). Er räumt zwar dort, wo er seine eigenen Grundlagen diskutiert, der *Agency* gleichberechtigten Rang mit der Struktur ein; sobald er beginnt, substanzielle Theorie internationaler Beziehungen zu entwickeln oder sich in die Niederungen empirischer Analyse zu stürzen, nimmt er indes unversehens dieselbe strukturalistische Schlagseite an wie die von ihm konstruierten Konkurrenten. Ich ziele dabei nicht darauf ab, *Agency* im Sinne des methodologischen Individualismus zu privilegieren, sondern das gestörte Gleichgewicht von Struktur und Akteur zu restaurieren.

Als erster Schritt ist die Differenzierung von Struktur selbst gefordert. Makrostrukturen wie »das internationale System«, »der Staat« usw. reichen zumeist nicht hin, um Entscheidungshandeln hinreichend zu qualifizieren. Es ist nicht beliebig, ob ein Bush oder ein Gore regiert, wenn er mit einer Herausforderung wie dem 11. September konfrontiert wird. Es macht einen Unterschied, ob Schlüsselpositionen in der amerikanischen Regierung mit Repräsentanten der republikanischen Mitte oder der republikanischen Rechten besetzt sind.

Agency ist aber auch darüber hinaus von zentraler Bedeutung, weil sich politische Entscheidungen letztlich in Mikroprozessen von wenigen Individuen entwickeln. Diese sind natürlich in institutionelle und ideationale Strukturen eingebunden; dennoch behält ihr Handeln Freiheitsgrade, die es einem strukturalistischen Determinismus entziehen. Damit wird bereits deutlich, dass *Agency* auch Kontingenz bedingt: Vom individuellen Entscheidungsknoten können Stränge in verschiedene Richtung führen. Strukturalistische Denkschemata neigen zur Konstruktion von Notwendigkeiten ex post. Dieses Vorurteil zugunsten einer Berücksichtigung von Kontingenz zu durchbrechen ist für die Internationalen Beziehungen von größter Notwendigkeit. Ein Gorbatschow kümmerte sich wenig um die ewigen »covering laws«, die die Realisten von Morgenthau bis Mearsheimer »aufgedeckt« hatten. Er tat einfach etwas anderes, als er hätte tun »sollen« und änderte damit die Welt.

Kontingenz wiederum schafft die Möglichkeit für Singularitäten: unvorhergesehene, präzedenzlose, unerklärte Ereignisse wie der 11. September, der in seiner spe-

zifischen, symbolisch unglaublich wirksamen Erscheinungsform aus dem Rahmen der Prognosen fiel (nicht das terroristische Großereignis selbst war unerwartet, sondern eben dieses besondere). Diese *single data points* sagen wir durch die Entzifferung von Regelmäßigkeiten, der vornehmen Aufgabe aller klassischen Theoriebildung, nicht voraus, noch können wir sie so *ex post* erklären. Hier hilft nur die Pfadanalyse des einmaligen Falls; unser durchaus berechtigter theoretischer Ehrgeiz darf uns die Chance, auch diesen Weg wissenschaftlicher Analyse offen zu halten, nicht verstellen.

Denn die Reichweite und die Wirkung von *Agency* ist durch die technische Entwicklung eher stärker geworden. Moderne Technik macht das Handeln einzelner Menschen und kleiner Gruppen potenziell viel wirksamer als zu den Zeiten, in denen die Reichweite einer Waffe auf die Schnellkraft der Bogensehne beschränkt war. Die räumlichen Beschränkungen der Handlungswirkungen der Akteure sind nicht aufgehoben, aber dramatisch reduziert. Die Wichtigkeit von Kontingenz und Singularitäten ist somit gesteigert. Diese Entwicklungen geben den Akteuren zwar keine Macht über *outcomes*. Die Handlungsergebnisse entziehen sich gerade wegen der genannten Entwicklung zunehmend der Kontrolle einzelner Handelnder. Aber die negative Macht, Zerstörungskraft, »Chaosmacht« von *Agency* nimmt zu.

3. Schlussfolgerung

Der Imperativ für unsere Wissenschaft ist daher die Rückbesinnung auf »big thinking«, das bewusste Wagnis einer Vogelschau aus großtheoretischer Perspektive. Es ist wirklich nicht von entscheidender Bedeutung, ob Demokratien eher früh oder spät in einem Wahlzyklus statistisch ein wenig mehr oder weniger gewaltgeneigt sind. Die bemühte und relativ risikolose Krümelsuche mit dem neuesten statistischen Instrumentarium füllt zwar die Seiten begutachteter Zeitschriften, ist aber von gähnender Langeweile und ohne Relevanz für die großen Fragen, die unsere Wissenschaft bewegen (sollten) und deren Beantwortung unsere Verantwortung gegenüber der (uns übrigens letztlich bezahlenden!) Öffentlichkeit ist.

Wenn wir uns um Theorie bemühen, kann also nicht das positivistische Ideal mit seinem biedereren Hempel-Oppenheim-Schema gemeint sein. Wir müssen eher in die Richtung von Idealtypenbildung, raum-zeitlich spezifizierter Teilgeneralisierung und *Grounded Theory* (vgl. Strauss/Corbin 1997) denken.

Gute Theorie, so sagen uns die Positivisten und so wiederholen es unsere Neorealisten feierlich, zeichnet sich durch Sparsamkeit aus. Wir im Wissenschaftssektor arg Gebeutelten wissen ja nur zu gut, dass Sparsamkeit in Zeiten knapper Mittel eine notwendige Tugend ist. Für die Theoriebildung in einem extrem komplexen Gebiet allerdings kann sie auch Fluch und Sünde sein.

Literatur

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hrsg.) 1998: Security Communities, Cambridge.
- Arendt, Hannah 1970: Macht und Gewalt, München.
- Arquilla, John/Ronfeldt, David 1998: In Athena's Camp: Preparing for Conflict in the Information Age, Santa Monica, CA.
- Baldwin, David A. 2002: Power and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.) 2002: Handbook of International Relations, London, 177-191.
- Bauman, Zygmunt 1992: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg.
- Der Derian, James 2004: 9/11 and Its Consequences for the Discipline, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11: 1, 89-100.
- Elias, Norbert 1978/1979: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bände, Frankfurt a. M.
- Eppler, Erhard 2002: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt a. M.
- Kupchan, Charles 2004: New Research Agenda? Yes. New Paradigm? No, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11: 1, 101-109.
- Gunaratna, Rohan 2002: Inside Al Qaeda: Global Network of Terror, London.
- Hellmann, Gunther/Müller, Harald 2002: Editorial, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9: 1, 3-8.
- Homolar-Riechmann, Alexandra 2003: Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den politischen Vorstellungen konservativer Think Tanks, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53: 46, 33-40.
- Juergensmeyer, Mark 2000: Terror in the Mind of God: The Global Rise of Religious Violence, Berkeley, CA.
- Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens 2003: Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt, 1945-2000, Opladen.
- Kaldor, Mary 2000: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a. M.
- Marty, Martin E./Appleby, R. Scott (Hrsg.) 1992-1995: The Fundamentalism Project, 5 Bände, Chicago, IL.
- Mayer, Peter 1999: War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerecht fertig? Die Operation »Allied Force« im Lichte der Lehre vom gerechten Krieg, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6: 2, 287-322.
- Minkwitz, Oliver 2003: Ohne Hemmungen in den Krieg. Cyberwar und die Folgen (HSFK-Report 10), Frankfurt a. M.
- Mueller, John E. 1985: War, Presidents, and Public Opinion, Lanham, MD.
- Müller, Harald 2004: Das transatlantische Risiko. Deutungen des amerikanisch-europäischen Weltordnungskonflikts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 54: 3-4, 7-17.
- Münkler, Herfried 2002: Die neuen Kriege, Reinbek.
- Risse, Thomas 2004: Der 9.11. und der 11.9. Folgen für das Fach Internationale Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11: 1, 111-121.
- Sending, Ole Jacob 2002: Constitution, Choice and Change: Problems with the »Logic of Appropriateness« and its Use in Constructivist Theory, in: European Journal of International Relations 8: 4, 443-470.
- Schweller, Randall L. 1992: Domestic Structure and Preventive War: Are Democracies More Pacific? in: World Politics 44: 2, 235-269.
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (Hrsg.) 1997: Grounded Theory in Practice, London.
- Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt a. M.